



NEWSLETTER MAI 2021
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Hejning Schädli

Liebe Leserin, lieber Leser,

der 1. Mai ist nicht nur Feiertag, sondern erinnert uns an den Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern für faire Arbeitsbedingungen und daran, wo noch heute Engagement für Veränderung notwendig ist.

Gerade jetzt, wo Grenzen aufzuweichen erscheinen, wo Tarifbindung sinkt und Belegschaften es schwer haben, einen Betriebsrat zu wählen, brauchen wir mehr Regeln. Ich arbeite als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion derzeit an zwei Gesetzen: Mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz vereinfachen wir Wahlverfahren und stärken Betriebsratsgründungen schon viel früher. Wir stärken die Mitbestimmung im Bereich der Weiterbildung, des mobilen Arbeitens und der Künstlichen Intelligenz. Das zweite Gesetz ist das Lieferkettengesetz. Wir verpflichten Unternehmen, Menschenrechte einzuhalten. Und zwar in der gesamten Lieferkette. 125 Millionen Kinder werden in Minen und auf Feldern ausgebeutet. 25 Mio. Menschen müssen Zwangsarbeit leisten. Ich habe bisher 12 längere Gespräche mit vielen Betroffenen geführt und sitze jetzt in langen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner. Ich werde keine Ruhe geben, bis beide Vorhaben unter Dach und Fach sind.

Letzten Donnerstag konnten wir nach 50 Jahren das Bundespersonalvertretungsgesetz novellieren. Wir stärken die Rechte der Personalrät*innen und haben erstmals ein digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften in die Betriebe und Dienststellen festgeschrieben. Und weil das alles noch nicht genug war, haben in dieser sehr arbeitsintensiven Zeit mein Büro hunderte E-Mails zum Infektionsschutzgesetz erreicht. Ich habe fast alle beantwortet. Gefallen haben diese Antworten nicht allen.

Viel Spaß beim Lesen und einen guten 1. Mai. Ihr *Bernd Rützel*



S. 2: Klartext

Sachgrundlose Befristungen



S. 3: Corona-Notbremse

Aktuelle Beschlüsse
des Deutschen Bundestages



S. 6: Online-Gespräch

mit Betriebsrät*innen
von Lieferando

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

5 | 2021

Foto: Henning Schacht

KLARTEXT

SACHGRUNDLOSE BEFRISTUNG

Wir haben im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU vereinbart, sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen einzuschränken. Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales, hat einen Gesetzentwurf dazu vorgelegt. Besonders in der durch die Corona-Pandemie geprägten Situation benötigen die Arbeitnehmer*innen Sicherheit im Beruf. Daher ist eine Eindämmung sachgrundloser Befristung überfällig.

Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ist schon lange eine sozialdemokratische Forderung. 1985 bin ich auf die Straße gegangen und habe als Jugendvertreter gegen Helmut Kohl demonstriert, der die sachgrundlose Befristung damals eingeführt hat. 36 Jahre später will ich wieder dabei sein, wenn wir diese nun zurückdrängen.

Denn Befristungen mit und ohne Sachgrund schaffen besonders für junge Menschen massive Unsicherheiten. Sie erschweren die eigene Lebens- und Familienplanung. 2019 war fast jede zweite Neueinstellung befristet, 60 Prozent davon ohne Sachgrund.

Der Gesetzentwurf von Hubertus Heil setzt den Koalitionsvertrag um:

- >> Sachgrundlose Befristungen sollen auf maximal 18 Monate begrenzt werden. Die Befristung kann dabei maximal einmal verlängert werden.
- >> Zudem dürfen Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent ihrer Belegschaft sachgrundlos befristen.
- >> Auch die problematischen Kettenbefristungen sollen angegangen werden: Bei Befristungen mit Sachgrund soll eine Höchstgrenze von fünf Jahren eingeführt werden.

FÜR STARKE BETRIEBSRÄTE

Wo es einen Betriebsrat gibt, sind die Arbeitsbedingungen besser. Ohne Betriebsrat ist es für die Arbeitnehmer*innen oft schwer, ihre Interessen durchzusetzen – gemeinsam sind sie stark. Deshalb hat Hubertus Heil einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Betriebsratsgründungen erleichtert. Als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für die Mitbestimmung verhandele ich dazu im Moment mit CDU/CSU in Berlin. Was ich in diesen Verhandlungen erreichen will:

- >> Für kleinere Betriebe gibt es ein vereinfachtes Wahlverfahren, das schneller geht und bei dem weniger Formalitäten beachtet werden müssen. Das soll künftig für alle Betriebe mit bis zu 100 wahlberechtigten Beschäftigten verpflichtend gelten, in Betrieben mit bis zu 200 kann es angewendet werden. Diese neue Regel werden wir auch auf Jugend- und Auszubildendenvertretungen anwenden und die Altersgrenze im Wahlrecht für Auszubildende streichen.
- >> Um künftig mehr Beschäftigte zu motivieren, sich zur Wahl zu stellen, werden die Schwellen zur Aufstellung eines Wahlvorschlages gesenkt. In Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten müssen künftig gar keine Unterschriften mehr gesammelt werden.
- >> Initiator*innen einer Betriebsratswahl werden wir weit früher schützen. Schon bevor sie eine Einladung versandt haben, sollen sie einen besonderen Kündigungsschutz erhalten
- >> Außerdem werden wir mehr Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der beruflichen Weiterbildung, beim Einsatz künstlicher Intelligenz und beim der Ausgestaltung mobiler Arbeit schaffen.

Das ist ein straffes Programm, aber all diese Punkte sind notwendig, damit wir auch in Zukunft starke Betriebsräte haben.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

5 | 2021

Foto: Henning Schwaib

MEINE REDEN IM PLENUM DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



Mit Klick auf das Foto gelangen Sie auf meine Homepage. Dort finden Sie alle meine Reden als Video.

22. April: Bundespersonalvertretungsgesetz

Nach fast 50 Jahren wird das Bundespersonalvertretungsgesetz novelliert. Es war ein harter Kampf.

22. April: Tarifbindung

Wir müssen die Tarifbindung erhöhen, um die Stärke der Arbeitnehmervertretungen zu erhöhen. Über den Weg dahin debattierten wir im Deutschen Bundestag.

16. April: Renteneintrittsalter

Wir müssen die Arbeit aller Menschen auch nach ihrem Arbeitsleben würdigen. Deshalb ist mit der SPD eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht zu machen.

15. April: Mindestlohn

Zwei Zwischenfragen und etwas Tumult gab es bei meiner Plenarrede, aber meine Botschaft bleibt klar: Gut, dass es den Mindestlohn gibt - aber er muss steigen.

25. März: Massenentlassungen verhindern

Der eine wartet, bis die Welt sich wandelt, der andere packt an und handelt. Wir gestalten den Strukturwandel in der Arbeitswelt— mit einer starken Mitbestimmung.

25. März: Tourismus in Corona-Zeiten

Weil die Themen des Tourismus-Ausschusses spät in der Nacht debattiert wurden, gab ich meine Rede zu Protokoll, um die Nachtsitzung zu verkürzen. Daher gibt es meine Rede nur hier [auf Seite 246](#) zum nachlesen.

CORONA-BUNDESNOTBREMSE

Noch immer stecken sich zu viele Menschen mit Corona an. Der Bundestag hat mit der Novelle des Infektionsschutzgesetzes die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um die dritte Welle der Pandemie zu brechen.

Erstmals wird es bundeseinheitliche Regeln geben und keinen Flickenteppich mehr. Alle notwendigen Einschränkungen müssen einheitlich, transparent und nachvollziehbar sein. Das ist uns sehr wichtig.

In den Verhandlungen war es die SPD-Fraktion, die sich für verpflichtenden Schutz der Arbeitnehmer*innen durch die Arbeitgeberseite, für Kinder und Jugendliche und ihre Familien sowie einen besseren Grundrechtsschutz eingesetzt hat.

Im Einzelnen konnten wir folgendes Paket verhandeln:

>> Auch am Arbeitsplatz müssen Kontakte drastisch reduziert und sicherer gemacht werden. Deshalb wird Homeoffice, wo es möglich ist, noch verbindlicher als bisher vorgeschrieben. Und Arbeitgeber werden verpflichtet, den Beschäftigten zweimal (statt nur einmal) pro Woche einen Corona-Test anzubieten.

>> Der SPD-Fraktion war es wichtig, dass bei den Kontaktbeschränkungen „Außen vor Innen“ greift. Deshalb ist Sport und Bewegung im Freien weiter möglich. Bis zu fünf Kinder können gemeinsam mit einem getesteten Trainer im Freien Sport treiben.

>> Ab einer 7-Tage-Inzidenz von mehr als 100 werden vor Ort Geschäfte und Einrichtungen geschlossen und private Treffen begrenzt. „Test, click and meet“ wird bei einer Inzidenz von 100 bis 150 weiter möglich sein. Abhol- und Lieferdienste bleiben erlaubt.

>> Zudem wird ab einer Inzidenz von 100 eine nächtliche Ausgangsbeschränkung zwischen 22 Uhr und 5 Uhr eingeführt. Zwischen 22 und 24 Uhr kann eine Person aber weiterhin Spazieren gehen oder Sport treiben.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

5 | 2021



Foto: Henning Schacht

>> Um Schüler*innen, ihre Eltern und das Schulpersonal zu schützen, gehen Schulen im Inzidenzbereich von 100 bis 165 in den Wechselunterricht und müssen ab einer Inzidenz 165 in den Distanzunterricht.

>> Kinder und Jugendliche leiden besonders unter den Einschränkungen im Kita- und Schulbetrieb. Deshalb haben wir ein 2 Milliarden schweres Corona-Aufholpaket für Kinder und Jugendliche beschlossen. Mit diesem Geld wollen wir Lernrückstände durch bezahlte Nachhilfeangebote reduzieren. Auch zusätzliche soziale Arbeit in den Bildungseinrichtungen und im Umfeld von Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen werden gefördert. In den Schulferien werden kinder- und jugendgerechte Bildungs- und Erholungsangebote unterstützt.

Kind krank oder Kita zu?

Damit Sie sich um den Nachwuchs kümmern können, erhöhen wir die Kinderkrankentage.

+ 10 pro Elternteil und Kind = 30 Tage
+ 20 für Alleinerziehende pro Kind = 60 Tage



Grafik: shutterstock.com/Colorfuel Studio

>> Viele Familien leiden unter der Doppelbelastung von Homeoffice und Homeschooling. Um hier etwas Erleichterung zu schaffen, wird der Rechtsanspruch auf Kinderkrankentagegeld ausgeweitet: Künftig sind 30 Tage pro Kind möglich (10 mehr als bisher), für Alleinerziehende 60 Tage (20 mehr als bisher).

>> Auch für Menschen mit Behinderung hat die SPD-Fraktion Verbesserungen erreicht: Die Assistenzkräfte zählen nunmehr mit den Betreuten wie ein Haushalt.

>> Und was uns auch sehr wichtig war: Nichts wird beschlossen ohne die Zustimmung des Bundestages. Es gibt also keinen Blankoscheck für die Regierung.

>> Die Einschränkungen sind bis zum 30. Juni befristet. Außerdem wird es Ausnahmen für Geimpfte geben.

SCHLUSS MIT STEUEROASEN

Milliardenschwere Großkonzerne stehen sich vor ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, während die Arbeitnehmer*innen das Allgemeinwohl finanzieren? Das ist ungerecht! Deshalb setzt sich Finanzminister Olaf Scholz seit Jahren vehement für eine globale Mindestbesteuerung ein. Mit dem Regierungswechsel in den USA kommt neuer Schwung in die Debatte. „Die Mindestbesteuerung wird jetzt realistisch. Die Unterstützung der USA gibt der Initiative ganz entscheidenden Rückenwind“, freut sich Olaf Scholz.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

5 | 2021

Foto: Henning Schacht

GUTE FINANZPOLITIK GEGEN DIE KRISE

Um die Folgen der Pandemie weiter abzufedern und Impfkampagne sowie Teststrategie finanzieren zu können, bringt die Bundesregierung einen Nachtragshaushalt auf den Weg.

>> Der Nachtragshaushalt enthält unter anderem Mehrausgaben beim Bundesgesundheitsministerium in Höhe von 14,6 Milliarden Euro, davon sind 6,2 Milliarden Euro für die Beschaffung von Impfstoffen vorgesehen.

>> Um 25,5 Milliarden Euro werden die Hilfen für Unternehmen und Selbstständige aufgestockt. Damit stehen im Jahr 2021 insgesamt 65 Milliarden Euro für Wirtschaftshilfen zur Verfügung.

>> Pandemiebedingt verringern sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr um schätzungsweise 8,8 Milliarden Euro gegenüber der ursprünglichen Planung. Auch das muss im Nachtragshaushalt ausgeglichen werden.

>> Darüber hinaus wird Geld bereitgestellt, um im Jahresverlauf schnell auf die weitere Entwicklung der Pandemie reagieren zu können. Die bereits existierende Vorsorge wird auf 43 Milliarden Euro aufgestockt.

Olaf Scholz stellte klar: „Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmen können sich darauf verlassen, dass die Hilfen solange zur Verfügung stehen, wie sie benötigt werden.“

SCHUTZ FÜR INDIGENE VÖLKER



Bernd Rützel
Für uns im Deutschen Bundestag

sozial - kompetent - nah

**Indigene Völker
schützen, denn
Solidarität endet
nicht an den
Landesgrenzen.**

Bild: Rebecca Cruz Galvany / PhotoBay

Wer bezahlt eigentlich die Staatsschulden?

Aktuelle Fragen rund um das Thema Steuerpolitik



Lothar Binding



Bernd Rützel

Mo, 26.4., 19:00 Uhr

Live-Diskussion auf facebook mit den
SPD-Bundestagsabgeordneten
Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher, und
Bernd Rützel, Ausschuss für Arbeit und Soziales



Online-Veranstaltung verpasst? Mit Klick auf das Bild geht es zum Video-Archiv auf meiner Homepage, wo Sie alle meine bisherigen Online-Diskussionen noch einmal anschauen können!

Nach 31 Jahren ratifiziert Deutschland endlich die ILO-Norm. Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist seit 1991 in Kraft.

Als einzige völkerrechtlich bindende Norm über eingeborene und in Stämmen lebende Völker stellt sie die Grundlage für deren Schutz dar. Sie regelt unter anderem, dass diese angehört werden müssen, wenn auf ihrem Gebiet Rohstoffe ausgebeutet werden. Zudem müssen sie an Nutzung, Bewirtschaftung und Erhalt dieser Ressourcen beteiligt werden.



IM GESPRÄCH MIT BETRIEBSRÄT*INNEN VON LIEFERANDO



Wenn jemand mit einem großen orangenen Rucksack an Ihrer Tür klingelt und Ihr Essen, was Sie zuvor per Smartphone bestellt haben, liefert, dann ist das höchstwahrscheinlich ein Rider von Lieferando. So nennen sich die Frauen und Männer, die mit dem Fahrrad Essen ausliefern. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden in Deutschland 39 Mio. Order aufgegeben. 39 Mio. Bestellungen, die zugestellt wurden, weil die Menschen nicht ausgehen können oder nicht kochen wollen oder können. Ich finde das grundsätzlich nicht verwerflich und schwinge jetzt auch nicht die Moralkeule, wenn sich jemand was bestellt. Allerdings müssen die Besteller sich jetzt schon anhören, wie es denRIDERN geht.

Das habe ich im Gespräch mit Betriebsräten von Lieferando aus erster Hand erfahren. Ich habe mich in den letzten Jahren bereits öfters mit Gewerkschaftern und Betriebsräten von Lieferando und den zahlreichen Vorgängern wie Deliveroo und Foodora getroffen. Die Problematik besteht darin, dass es erstmals nur befristete Verträge gibt. Es müssen eigene Arbeitsmittel wie Handy und Rad genutzt werden. „Die meisten machen sich am Anfang darüber keinen Gedanken“, so ein Betriebsrat. Erst wenn dann festgestellt wird, dass das Datenvo-

lumen nicht mehr ausreicht und ein umfangreicher Handyvertrag gekauft werden muss und auch das Rad Reparaturkosten verursacht, stellt man schnell fest, dass dies alles Kosten sind, die das Einkommen dann doch unter den Mindestlohn drücken. Unter denRIDERN herrscht eine sehr große Fluktuation. 60 Prozent sind Minijobber und eine Einstellung geht ratzfatz. Manchmal braucht man nicht mal einen Lebenslauf schicken.

Fällt das Handy oder das Fahrrad aus, kann man seine Schicht nicht machen und bekommt auch kein Geld, dafür aber eine Abmahnung. Mittlerweile gibt es eine Menge Rider, die das Essen mit einem PKW ausfahren. Natürlich mit dem Eigenen, dafür bekommen sie 30 ct/km Fahrtkosten. Früher gab es auch 12 ct/km Fahrtkosten für das Fahrrad. Das hat die FDP/Union-Koalition abgeschafft. Stichwort Mövenpick. Ich habe gleich mit unserem Finanzexperten Lothar Binding darüber gesprochen. Das muss wieder her. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Ich fragte abschließend: Warum tun sich denn die Menschen das an und arbeiten für Lieferando? Nicht umsonst ist die Fluktuation so hoch, war die Antwort.

INKLUSION GESTÄRKT

Mit dem Teilhalbestärkungsgesetz hat der Bundestag weitreichende Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Es erleichtert die Teilhabe und macht unsere Gesellschaft inklusiver.

So wird z.B. das Leben mit Assistenzhunden einfacher. Dafür habe ich mich seit 2014 eingesetzt. Assistenzhunde sind speziell ausgebildet, um Menschen mit Beeinträchtigungen bei der Bewältigung ihres Alltags zu helfen.

Die Halter*innen von Assistenzhunden, zu denen auch Blindenführhunde zählen, erfahren jedoch häufig, dass ihnen der Zutritt zu öffentlich zugänglichen Räumlich-

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

5 | 2021



Foto: Henning Schacht

keiten und Einrichtungen mit ihrem Hund verweigert wird, zum Beispiel zu Behörden, Arztpraxen, Geschäften oder Theatern. Wir schaffen nun bundesweit einheitliche Zutrittsregelungen für Mensch-Tier-Gespanne und bauen so Barrieren ab. Darüber hinaus unterstützen wir finanziell die Ausbildung von bis zu 100 Hunden zum Assistenzhund.



Bernd Rützel
Für uns im Deutschen Bundestag



sozial - kompetent - nah

**Für mehr Teilhabe:
Barrieren für
Assistenzhunde
abbauen!**

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte, dass Assistenzhunde außerdem als Hilfsmittel im Sinne des Leistungsrechts der Krankenkassen anerkannt werden, damit die Kosten für sie künftig übernommen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine Gleichstellung mit den Blindenhunden zu prüfen.

BESSERE FÖRDERUNG FÜR TIERHEIME

Im vergangenen Dezember hatte der Deutsche Bundestag auf Betreiben der SPD-Bundestagsfraktion eine Förderung für Tierheime beschlossen. Jetzt tritt die dafür notwendige Förderrichtlinie in Kraft. Ab sofort können entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Es freut mich, dass es jetzt sehr rasch losgeht. Im Dezember hatte ich über die Förderung informiert und einen Austausch mit Vertreter*innen regionaler Tierschutzvereine, u.a. aus Main-Spessart und Aschaffenburg, und von Landestierschutzverbänden, darunter Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, initiiert (mehr dazu [hier](#)). In den vergangenen Monaten hat das Bundesumweltministerium unter Führung von Svenja Schulze (SPD) und unter Mitwirkung des Deutschen Tierschutzbundes die Förderrichtlinie erarbeitet, mit dem Ziel einer möglichst unbürokratischen Beantragung und Auszahlung der Mittel.

Die eigentlich zuständige Bundesministerin Klöckner (CDU) hatte die Bereitstellung von Fördermitteln für ihr Ministerium (Ernährung und Landwirtschaft) hingegen abgelehnt.

Die Anträge sowie die wenigen erforderlichen Anlagen sind nur elektronisch mit allen erforderlichen Unterlagen beim Bundesamt für Naturschutz einzureichen. Alle Informationen und die Antragsunterlagen für einen Zeitraum von vier Wochen finden Sie auf der [Seite des Bundesumweltministeriums](#).

Tagesaktuelle Infos unter

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser blauer Planet ist einzigartig. Und das, was ihn so einzigartig macht, ist das Wasser – denn Wasser ermöglicht erst alles Leben auf der Erde.

Welch unschätzbaren Wert das hohe Gut hat, sind wir uns in den vergangenen Jahren zunehmend bewusst geworden. Denn Wasser wird knapper, ganz besonders im Norden Bayerns. Unterfranken ist eine trockene Region, doch der Klimawandel ist auch hier deutlich zu spüren. Die Dürresommer und niederschlagsarmen Winter haben die Wasserkrise weiter zugespitzt, mit gravierenden Folgen für die Land- und Forstwirtschaft.

Besorgniserregend ist, dass sich die Probleme gegenseitig verstärken: Je größer die Trockenheit, umso stärker wächst etwa der Bewässerungsbedarf in der Landwirtschaft. Bereits heute ist Weinbau in manchen Lagen praktisch nicht mehr ohne zusätzliche Bewässerung möglich, da in trockenen Sommern selbst tief verwurzelte Reben kaum noch Wasser in der Erde finden. Besonders dramatisch ist die Situation in den Wäldern, wo nicht nur Nadelbäume flächendeckend absterben, sondern inzwischen selbst Laubbäume vertrocknen. Sterben aber die Wälder, können sie ihre, auch für unser Leben so wichtigen Funktionen nicht mehr erfüllen: CO₂ filtern, die Luft kühlen, Wasser in ihren humosen Böden speichern. Es sind Teufelskreise, die in Gang gesetzt werden. Die Wasserknappheit wird künftig auch die Nutzungskonflikte verschärfen: Wer darf wann wie viel Wasser zum Beispiel aus dem Main entnehmen? In wel-

chem Rahmen dürfen Felder künftig mit Grundwasser bewässert werden? Wie kann die Trinkwasserversorgung gesichert werden? Eine gerechte Verteilung der knapper werdenden Ressource Wasser ist eine der großen Aufgaben, die auf uns zukommen. Dafür braucht es ganz klare Regelungen und vernünftige, regionale Wassermanagementkonzepte. Hier ist die Politik gefordert.



Auch die Winzer müssen sich der Herausforderung Klimawandel stellen. Die Tröpfchenbewässerung der Reben ist eine Möglichkeit der Wasserspeicherung.

Von der sparsamen Tröpfchenbewässerung über die Anlage von Wasserspeichern in der Landwirtschaft bis hin zu Regenwasser-Rückhaltesystemen in den Städten – es gibt eine ganze Reihe bewährter wie auch innovativer Techniken, um die Wassernutzung zu optimieren. Deren großflächige Umsetzung in die Praxis erfolgt allerdings noch immer viel zu schleppend. Hier muss die Staatsregierung beherzter herangehen, denn mit dem fortschreitenden Klimawandel läuft uns die Zeit davon.

Gemeinsam mit Volkmar Halbleib engagiere ich mich für ein „Wassersofortprogramm für Nordbayern“. Wir brauchen jetzt Investitionen in sparsame Bewässerungssysteme, in Rückhaltebecken, wir brauchen Bewässerungskonzepte für die Forstwirtschaft. Nötig ist aber auch mehr Personal in den Wasserwirtschafts- und Forstämtern, um diese Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Herzlichst, Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

WIE DIE UNTERFRÄNKISCHE POLIZEI EXTREMISMUS IN DEN EIGENEN REIHEN VERHINDERN WILL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rückläufige Zahlen bei den Straftaten und eine über dem bayerischen Durchschnitt liegende Aufklärungsquote – der Sicherheitsbericht des Polizeipräsidiums Unterfranken kann sich sehen lassen. Diese erfreulichen Nachrichten waren Teil der Gespräche unseres sicherheitspolitischen Sprechers der Landtagsfraktion Stefan Schuster und mir mit dem unterfränkischen Polizeipräsidenten Gerhard Kallert und Vertretern der unterfränkischen Polizeigewerkschaften.

Trotz der positiven Sicherheitsbilanz wiesen die Vorsitzenden der Polizeigewerkschaften Christian Schulz (GdP), Thorsten Grimm (DPoIG) und Heiko Rittelmeier (BDK) auf Verbesserungsnotwendigkeiten, insbesondere bei der Personalausstattung hin. Die sogenannte tatsächlich verfügbare Personalstärke läge mit 2356,96 (Durchschnitt des 2. Halbjahres 2020) erheblich unter den vom Freistaat bewilligten 2591 Stellen – und das, obwohl es vor allem im Bereich der Internetkriminalität und Kinderpornographie immer mehr belastende Arbeit zu erledigen gilt.

Und die Polizei steht auch vor einer weiteren gesellschaftlichen Herausforderung: Das in vielen Ländern breit diskutierte Thema von Extremismus in der Polizei sorgt auch hierzulande wiederholt für Schlagzeilen.

Auch aus der Politik kommen immer wieder kontrovers debattierte Vorschläge zur Behandlung der Thematik auf.

Bei der unterfränkischen Polizei zeigte man sich diesem Problem gegenüber bewusst und hat bereits Maßnahmen in die Wege geleitet. Man gehe konsequent dagegen vor, wenn Anzeichen für extremistisches Gedankengut festgestellt werden. In drei Fällen habe man Beamten sogar die Führung der Dienstgeschäfte verboten. Die Polizei leitet auch Disziplinarverfahren ein, wenn es zu keiner strafrechtlichen Verfolgung kommt.



Foto: Büro Halbleib

Jetzt geht es darum, Strukturen zur Prävention weiter auszubauen und insbesondere Führungskräfte im Umgang mit Verdachtsfällen zu schulen. Zu diesem Zweck hat die Polizei ein Workshop-Programm eingeführt, das Frühindikatoren und Handlungsoptionen aufzeigen soll – zunächst in den Reihen der Führungskräfte, später auch auf der Ebene der Zwischenvorgesetzten. Dabei werde auf drei Ansätze gesetzt: Informieren, Sensibilisieren und Diskutieren. Das ist ein guter erster Schritt, diese Art der Präventionsarbeit ist wichtig. Der nächste Schritt muss nun aber die Schulung aller Polizisten sein.

Herzliche Grüße, Ihr Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de